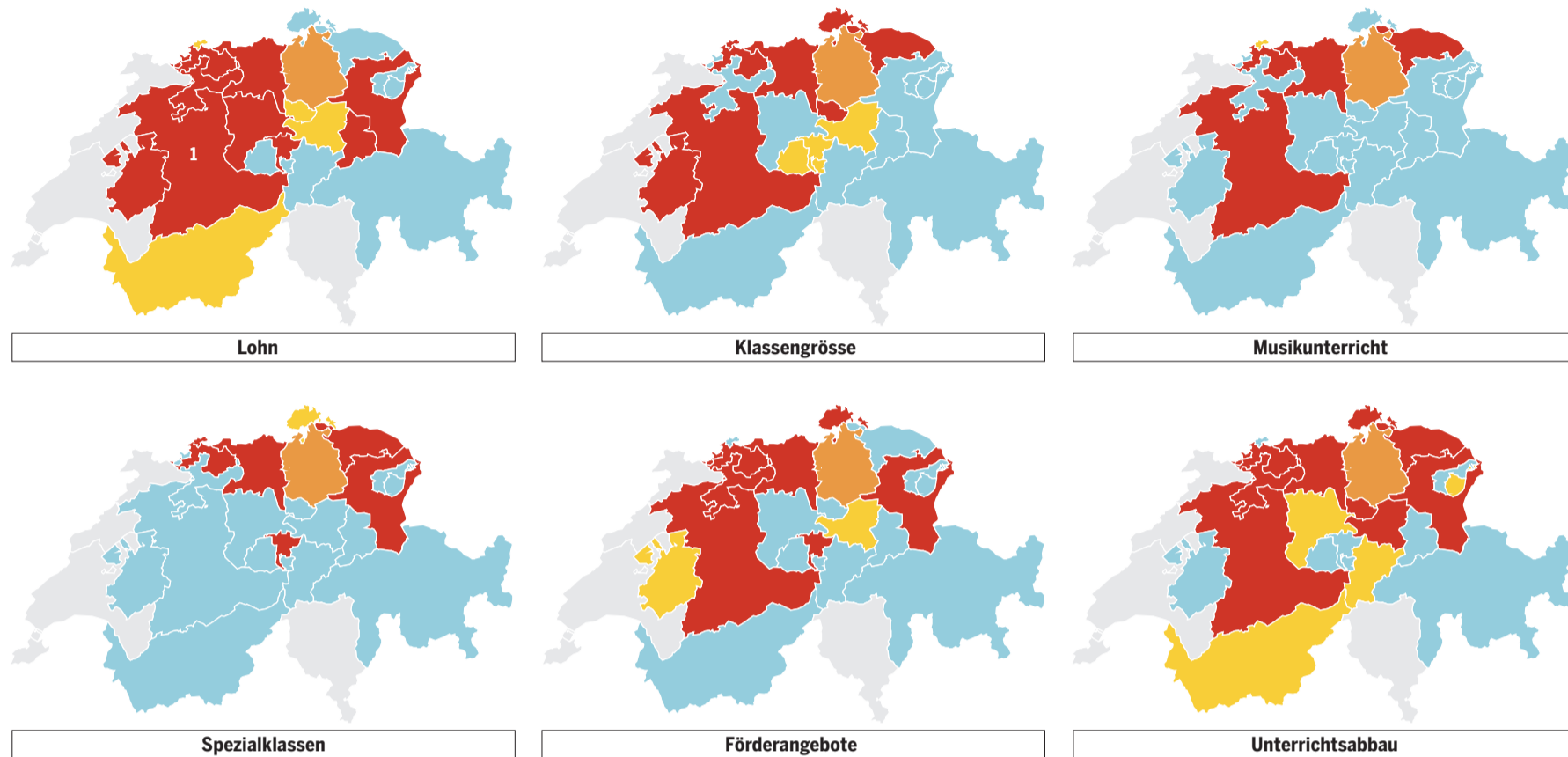


Schweiz

Sparen bei der Bildung

Wo bei der Bildung abgebaut wird

■ Sparmassnahmen bekannt ■ Keine Sparmassnahmen ■ Keine konkreten Zahlen vorhanden ■ Keine Daten erhoben
 ■ Zürich: Konkrete Abbaumassnahmen noch unbekannt. Gemäss Angaben der Zürcher Bildungsdirektion müssen ab 2016 bis 2019 jährlich 49 Mio. gespart werden.



1 Indirekte Sparmassnahme: Das veranschlagte Lohnsummenwachstum wurde gekürzt.
 TA-Grafik mruw/Quelle: Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz

Abbau auf Kosten der Schüler

Die Sparpläne der Kantone bei der Bildung haben eine neue Stossrichtung: Nun werden direkt Leistungen beim Unterricht gestrichen. Das zeigt eine Erhebung des Lehrerverbands.

Anja Burri
 Bern

Die Kantone müssen sparen. Und sie tun das immer häufiger auch bei der Bildung. Eine Erhebung des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) bei seinen kantonalen Mitgliederorganisationen zeigt: Zwischen 2013 und 2015 haben die Deutschschweizer Kantone mindestens 265 Millionen Franken im Bildungsbereich eingespart. Für die Jahre 2016 bis 2018 sind sogar noch umfassendere Abbaumassnahmen von mindestens 536 Millionen Franken geplant. Von 21 befragten kantonalen Lehrerorganisationen meldeten 20 Sparmassnahmen bei der Bildung. Noch nicht enthalten sind in diesen Berechnungen Sparziele, die erst angedacht worden sind - zum Beispiel will der Kanton Zürich ab 2016 bis 2019 jedes Jahr insgesamt 49 Millionen Franken bei der Volksschule, den Mittelschulen und der Berufsbildung sparen. Nicht erfasst sind die Sparmassnahmen der einzelnen Gemeinden. «Könnten wir wirklich alle Sparmassnahmen berechnen, würden wir für die Jahre 2013 bis 2018 wohl die Milliardengrenze erreichen», sagt Franziska Peterhans, Zentralsekretärin des LCH.

Weniger spezielle Förderung

Der Verband hat nun erstmals die Abbaupläne der Kantone im Detail analysiert. Die Zusammenstellung zeigt, dass die Art und Weise, wie die Kantone bei der Bildung sparen, sich verändert. Bisher schraubten die Kantonsparlamente zum grössten Teil an den Anstellungsbedingungen der Lehrer. Es traf die Löhne, die Pensen, die Weiterbildungen oder die Pensionskassen der Staatsangestellten. «Die Zitrone bei den Lehrern ist nach jahrelangen Sparübungen ausgepresst. Dennoch müssen sie auch in den nächsten drei Jahren mit weiteren 240 Millio-

nen Franken Abbaumassnahmen rechnen», sagt Peterhans. Ab dem nächsten Jahr verschiebt sich allerdings das Sparverhältnis. Künftig wird am meisten bei den Unterrichtsbedingungen gespart. Dort werden bis 2018 mindestens 254 Millionen abgebaut - das ist fast die Hälfte des in den Kantonen geplanten Sparbetrags von 536 Millionen Franken. Konkret bedeutet das Einschränkungen bei Förderangeboten für schwache wie auch für besonders begabte Schüler, die Streichung von Halbklassenunterricht, grössere Klassen oder einen radikalen Abbau bei Freifächern und sogar bei einzelnen Pflichtfächern.

Aargau spart bei Migranten

Im Aargau trifft es das Fach «Deutsch als Zweitsprache». In den nächsten vier Jahren sollen bei diesem Förderangebot für Kinder mit Migrationshintergrund rund 11 Millionen gespart werden. Das sei kontraproduktiv, sagt Kathrin Scholl, stellvertretende Geschäftsführerin des Aargauer Lehrerverbands. Würden die schwächsten Kinder ungenügend unterstützt, gefährde dies deren Integration ins Schulsystem. Die Folge seien schulische und soziale Probleme.

Einen Einschnitt soll es auch bei der Stundentafel der Aargauer Primarschüler geben. Die Folge: Der Halbklassenunterricht wird stark eingeschränkt. Zudem werde es in vielen Klassen nicht mehr möglich sein, ein Vollpensum zu unterrichten, sagt Scholl. Um den Halbklassenunterricht zu retten, haben Bildungs- und Finanzpolitiker eine neue Sparidee lanciert. Sie schlagen vor, den Englischunterricht an der Primarschule in der 3. und der 4. Klasse zu streichen. Ein Teil der Befürworter dieser Idee hofft, dass die Aargauer Schüler dafür ab dem Schuljahr 2020/21 in der 3. Klasse mit Frühfranzösisch beginnen können. Der Grosse Rat entscheidet voraussichtlich am 1. Dezember.

Es könnte auch der Tag der Entscheidung für die Bildung im Kanton Luzern werden. Der Luzerner Kantonsrat beginnt seine Beratungen zum Finanzplan am 30. November. Dessen Regierung schlägt unter anderem vor, die Fachklasse Grafik, die als eine der renommiertesten Kunstgewerbeschulen des Landes gilt, zu schliessen. Weiter sollen die rund 20 000 Kantons- und Berufsschüler eine Woche mehr Ferien beziehen. Und die Eltern von Mittelschülern sollen höhere Schulbeiträge zahlen müssen.

Nicht nur Luzern möchte die Eltern stärker zur Kasse bitten. Verschiedene Kantone wollen nun die Kosten für den Musikunterricht an den Gymnasien auf die Eltern abwälzen. Andersorts werden die Beiträge an Schullager gekürzt.

«Kinder, Eltern und die ganze Gesellschaft sind betroffen.»

Franziska Peterhans, LCH-Zentralsekretärin

Im Kanton Thurgau beschloss das Kantonsparlament vergangene Woche einen Gesetzesartikel, der die Eltern fremdsprachiger Kinder betrifft. So können Schulen künftig einen Teil der Kosten für die Deutschnachhilfe den Eltern verrechnen. Die Regelung betreffe nur «besondere Fälle», heisst es bei der Thurgauer Bildungsdirektion auf Anfrage: nämlich jene Eltern, die über längere Zeit die Möglichkeit gehabt hätten, ihre Kinder vor dem Schuleintritt Deutsch lernen zu lassen. Im Thurgau versteht man die Regelung nicht primär als Spar-, sondern als «Integrationsmassnahme».

Nicht immer erzielen die von der Politik beschlossenen Sparmassnahmen die beabsichtigte Wirkung. Im Kanton Bern müssen derzeit 300 Vollzeitstellen auf allen Schulstufen abgebaut werden. Dafür wurde mit dem Sparprogramm 2014 die minimale Anzahl Schüler pro Klasse erhöht. Auf dem Land führte dies zu Klassenschliessungen. Aber nicht nur: «Um dies zu verhindern, sparten die Schulen anderswo und bauten zum Beispiel ihr Freifachangebot ab», sagt Christoph Michel vom Verband Lehrerinnen und Lehrer Bern.

Lehrer organisieren Protest

In vielen Kantonen organisieren die Lehrerverbände derzeit Protestaktionen. Beraten die Kantonsparlamente die Sparpakete, kommt es zu Demonstrationen. Die Baselbieter Lehrer streben eine Musterklage gegen pauschale Lohnkürzungen an. Und in Luzern haben die Lehrer die «Luzerner Allianz für Lebensqualität» mitbegründet. Diese hat drei Volksinitiativen für den Erhalt des Service public in den Bereichen Bildung, Gesundheit und öffentlicher Verkehr lanciert. Die Lehrpersonen müssten der Öffentlichkeit klarmachen, dass derzeit ein Bildungsabbau im Gang sei, sagt Franziska Peterhans. «Zahlen in einem Sparpaket sind eines. Dahinter sind aber konkret Kinder, Eltern, Lehrpersonen, Gemeinden und die ganze Gesellschaft betroffen», sagt sie.

Auch der Politik mache das Sparen bei der Bildung keinen Spass, sagt der Präsident der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) und baselstädtische Bildungsdirektor Christoph Eymann (LPS). In einigen Kantonen habe man lange versucht, die Schulen zu schonen. «Nun ist der Druck zu gross geworden», sagt er. Als EDK-Präsident stehe es ihm aber nicht zu, die einzelnen Sparmassnahmen in den Kantonen zu beurteilen.

Deutliche Einschnitte nach langer Schonzeit

Trotz rückläufiger Schülerzahlen sind die Bildungsausgaben lange gestiegen. Für die nächsten Jahre zeichnet sich die gegenteilige Entwicklung ab.

Anja Burri
 Bern

Die Bildungsausgaben gehören zu den grössten Budgetposten der öffentlichen Hand. Je nach Kanton machen sie zwischen 18 und 34 Prozent der kantonalen Gesamtausgaben aus. Wie alle anderen Staatsausgaben sind auch jene für die Bildung in den vergangenen 25 Jahren kontinuierlich gestiegen. Allerdings hielten bisher auch die Einnahmen mit dieser Entwicklung Schritt: Der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) beträgt seit 1990 relativ konstant um die 5 Prozent. Im Jahr 2012 gaben der Bund, Kantone und Gemeinden 34,7 Milliarden Franken für die öffentliche Bildung aus. Damit wurden die obligatorische Schule, Sonderschulen, die berufliche Grundbildung, allgemeinbildende Schulen, die höhere Berufsbildung, Hochschulen und die Forschung finanziert.

«Es ist heute fast unmöglich, die Bildung von Sparübungen auszunehmen», sagt Bildungsökonom Stefan Wolter. Er erinnert daran, dass die Bildungskosten in den 2000er-Jahren auch überproportional gestiegen seien. Trotz sinkender Schülerzahlen seien die Ausgaben weiter gestiegen, sagt er. So hätten sich zum Beispiel viele Lehrkräfte an kleinere Klassen gewöhnt. Sparen bei der Bildung bedeute heute deshalb oft auch, auf ein Niveau zurückzugehen, das vor zehn Jahren noch als normal gelten habe.

Zurück aufs Niveau von 2012

Wolter plädiert für Sparmassnahmen, «die die Schüler möglichst wenig betreffen»: «Ein, zwei Schüler mehr pro Klasse tun niemandem weh.» Ähnlich argumentierte unlängst der Aargauer Bildungsdirektor Alex Hürzeler vor seinem Parlament. Er räumte zwar deutliche Einschnitte ins Schulsystem ein. Gleichzeitig betonte er, dass die Ausgaben der Volksschule nun einfach wieder auf das Niveau des Jahres 2012 sinken würden.

Gehe es um Fragen der Finanzierung von Bildung, heute konkret ums Sparen, gebe es keine einfachen Antworten, sagt Lucien Criblez, Professor für historische Bildungsforschung an der Universität Zürich. In den vergangenen 20 Jahren seien nicht nur die Bildungsausgaben, sondern auch die Anforderungen an das Bildungssystem gestiegen. Neue Aufgaben, etwa die Einführung von Schulleitungen oder der Ausbau von Schulsekretariaten, hätten auch finanziert werden können, weil die Schülerzahlen gesunken seien. Gleichzeitig stellt Criblez eine «Schwerpunktverlagerung der Ausgaben zur Berufsbildung und zu den Hochschulen» fest. Denn immer mehr Personen erwerben ein Hochschuldiplom.

Bald wieder mehr Schüler

Heute könnten neue Aufgaben allerdings nicht mehr durch Mittelverschiebungen finanziert werden, sagt Criblez. Trotzdem hätten die Schulen umfassende Reformprojekte wie den Lehrplan 21 oder die Integration von Sonderschülern zu bewältigen. «Ausgerechnet in einer Zeit, in der die Schülerzahlen wieder steigen, müssen die Kantone bei der Bildung sparen», sagt er.

Die Statistiker des Bundes geben ihm recht: Gemäss ihrer Prognose steigen die Schülerzahlen auf der Primarstufe zwischen 2011 und 2021 um 12 Prozent. Auf der Sekundarstufe soll es ab 2017 wieder mehr Schüler geben. Bis 2021 soll ihre Zahl um 7,5 Prozent zunehmen. Die meisten Sparprogramme der Kantone nehmen darauf keine Rücksicht. Sie sind bis zum Jahr 2018 oder 2019 geplant.